

Gericht verhandelt über Lärmschutz

„Gleis 1“ Thema vor dem OVG

VON LIANE JANZ

Bremen. Vor dem Oberverwaltungsgericht wurde gestern die Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Gleis 1 verhandelt. Eine Entscheidung soll es in spätestens zwei Wochen geben. Voraussichtlich werde das Urteil schriftlich zugestellt, sagte der vorsitzende Richter und Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts Professor Hans Alexy.

Es geht um den Beschluss des Eisenbahnbundesamtes vom Dezember 2011, der es der Bahn gestattet, den so genannten Bremer Knoten – und in diesem Zuge die Oldenburger Kurve hinter dem Hauptbahnhof sowie das Gleis 1 im Bahnhof – auszubauen. Dadurch soll die Bahn den Seehafenhinterlandverkehr, also die Züge, die vom und zum Jade-Weser-Port verkehren, besser abwickeln können. Gegen den Beschluss hatte der Bremer Walter Ruffler im Januar 2012 Klage erhoben, da er als direkter Anwohner mehr Lärm und Erschütterungen befürchtet. Er beantragt, den Beschluss des Eisenbahnbundesamtes aufzuheben, weil die Bahn keine Alternativ-Strecken untersucht hatte.

Walter Ruffler argumentiert, dass es mit der Strecke Oldenburg-Cloppenburg-Osnabrück eine Bahntrasse um Bremen herum gebe, die genutzt werden könnte. Die Bahn entgegnet, die Strecke sei derzeit noch eingleisig und nicht elektrifiziert. Das Gericht muss nun klären, ob das Eisenbahnbundesamt die Bahn hätte veranlassen müssen, einen Ausbau der Strecke als Alternative zum Bremer Knoten zu prüfen.

Walter Ruffler und die Bahn streiten darüber, ob durch den Ausbau des Bremer Knotens tatsächlich mehr Güterzüge an Walters Haus, das in der Östlichen Vorstadt unmittelbar an der Bahnstrecke liegt, vorbei fahren. Sollte das der Fall sein, hätte die Bahn Alternativstrecken prüfen müssen. Aus einem Schallgutachten, das die Bahn selbst in Auftrag gegeben hatte, geht hervor, dass 224 Güterzüge täglich den Bremer Knoten passiert hätten, wäre er nicht ausgebaut worden. Nach dem Ausbau sollen 280 Züge abgewickelt werden. Allerdings handele es sich dabei nicht um eine Kapazitätserhöhung, meinten die Vertreter der Bahn in der Verhandlung.